

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 1990
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Niedersachsen

„Freiheit hat Zukunft“
Kurzwahlprogramm

(Beschlossen auf dem Landesparteitag
in Wittmund am 11./12. November 1989)



**Freiheit
hat Zukunft**



Freiheit hat Zukunft



Liberaler Grundsätze

Wer wir sind, was wir wollen!

■ Die Freie Demokratische Partei ist die Partei des politischen Liberalismus. Die Freiheit des einzelnen in ethischer, sozialer und ökologischer Verantwortung ist das Ziel der Liberalen.

Kreativität, schöpferische Phantasie und persönlicher Unternehmergeist sind grundlegende Bestandteile des liberalen Menschenbildes. Zu diesem Menschenbild gehört die Verantwortlichkeit für die eigene Lebensgestaltung, die der Staat dem einzelnen nicht abnehmen kann. Eigenverantwortung, aber zugleich Verantwortung für den anderen und für die Natur, sind für Liberale Lebenselemente einer freien und menschlichen Gesellschaft.

Deshalb setzen Liberale auf die Bürger, die Verantwortung übernehmen wollen – ob in der Familie, am Arbeitsplatz, in der Schule oder in Staat und Gesellschaft –. Wir stellen Einsichtsfähigkeit und Entscheidungswillen des einzelnen gegen Bevormundung und Anonymität in Gruppen und Verbänden.

Liberale haben lange für die Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz gekämpft. Aber Liberale wissen, daß sich die Menschen in ihren Interessen, in ihrem Charakter und in ihrer individuellen Leistungsfähigkeit voneinander unterscheiden. Liberale werden sich immer gegen politische Maßnahmen wehren, die diese Vielfalt mißachten.

F. D. P. will persönliche Leistung in sozialer Verantwortung!

■ Wir setzen auf die Fähigkeit und die Bereitschaft des einzelnen, persönliche Leistungen zu erbringen, denn Leistung bietet die Chance zur Selbstverwirklichung. Wir sind davon überzeugt, daß die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit des einzelnen die notwendigen Bedingungen für den gesellschaftlichen Fortschritt sind. Nur wer dem einzelnen diesen Freiraum bewahrt, gibt der Gesellschaft eine Chance zur Veränderung. Wer denen helfen will, die der Hilfe bedürfen, darf die Leistung derer nicht geringschätzen, die mit besonderer Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft diese Hilfen ermöglichen. Die F.D.P. bekennt sich in diesem Sinne zu Leistungseliten.

Die Liberalen wollen eine humane Gesellschaft. Sie wollen keine Ellenbogengesellschaft, sondern eine Gesellschaft, in der die persönliche Leistung von jung und alt allen dient. Wir lassen es deswegen nicht zu, daß der allgemeine Wohlstand den Blick auf die Schwierigkeiten dauerhaft Benachteiligter verstellt. Die Anerkennung von Leistung darf nicht dazu führen, daß diejenigen ausgegrenzt werden, die zur eigenen Leistung nicht fähig sind.



Freiheit hat Zukunft

Wer es jedem recht machen will, macht es verkehrt!

■ In diesem Geist wirbt die Freie Demokratische Partei für ihre Ideen. Dabei wissen wir, daß viele Bürger ihre eigenen politischen Fragen für bedeutsamer halten als die Antworten, die die Parteien insgesamt darauf geben. Die Parteien müssen klare Ziele setzen und diese konsequent und kompetent durchsetzen. Wer es jedem recht machen will, macht es verkehrt. Die Parteien müssen auf den Bürger hören, aber sie dürfen ihm nicht nachlaufen. Die Politik muß Vertrauen zurückgewinnen, damit auch weiterhin die richtige politische Lösung den Vorzug vor populistischer Stimmungsmache erhält.

Die F.D.P. sieht diese Herausforderung. Sie setzt deshalb auf mehr Klarheit, mehr Ehrlichkeit und mehr Glaubwürdigkeit in der Politik.

F. D. P. will den Wettbewerb politischer Ideen!

■ Liberale setzen auch in der Politik auf Wettbewerb. Sie suchen die politische Auseinandersetzung. Aber dieser Wettbewerb darf kein Vernichtungskampf zwischen politisch Andersdenkenden sein, und diese Auseinandersetzung darf nicht zum Gezänk von Rechthabern werden. Liberale wollen eine politische Kultur des fruchtbaren Streits. Dieser Streit muß den Weg öffnen für die beste politische Lösung und darf nicht zu einer Entwürdigung des politischen Gegners führen.

Parteien haben keinen Monopolanspruch bei der politischen Meinungsbildung in unserer Gesellschaft. Auch andere Gruppen leisten unverzichtbare politische Beiträge. Politische Macht ist Macht auf Zeit, um die besten politischen Ideen durchzusetzen. Diese Ideen müssen sich am Gemeinwohl orientieren und nicht an Einzelinteressen. Der Staat darf nicht zum Beutestück politischer Parteien werden.

Die F.D.P. weiß, daß es in der Politik keine letzten Wahrheiten gibt. Jede gute Lösung muß der besseren weichen, auch wenn diese vom politischen Gegner stammt.

Liberale Politik ist weltoffen, tolerant und aufgeschlossen für die Vielfalt der Argumente, Ideen, Lebensstile und Kulturen.

Liberale Grundsätze:

- **Liberale Politik setzt auf Freiheit, Verantwortung und Leistung.**
- **Liberale Politik kämpft um die besten politischen Lösungen im Wettbewerb der Ideen.**
- **Liberale Politik dient dem Gemeinwohl.**
- **Liberale Politik ist weltoffen und tolerant.**

An diesen Grundsätzen liberaler Politik hat sich die niedersächsische F.D.P. in der Legislaturperiode 1986 bis 1990 orientiert. Diese Grundsätze werden auch unser Handeln in den nächsten 4 Jahren bestimmen.



Freiheit hat Zukunft



Linke Haken sind schmerzlich für die Wirtschaft

Die F. D. P. steht für wirtschaftliche Kompetenz. Mit Niedersachsens Wirtschaft geht es seit 1986, seit die F. D. P. in die Regierung getreten ist, kontinuierlich aufwärts. Niedersachsen nimmt mittlerweile im Wirtschaftswachstum den zweiten Platz im Ländervergleich ein. Gesunde Unternehmen sind die Grundlage zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Nur gesunde Unternehmen können auch die notwendigen Investitionen in die Verbesserung des Umweltschutzes leisten. Ersparen Sie Niedersachsens Wirtschaft schmerzliche Erfahrungen.

Deshalb fordert die F. D. P.

- Die erfolgreiche freie und soziale Marktwirtschaft ist zur ökologisch verpflichteten Marktwirtschaft weiter zu entwickeln. Sie soll in Einklang stehen mit den Zielen des Umwelt- und Naturschutzes.
- Umweltfreundliches Verhalten der Verbraucher und Investoren soll belohnt werden. Umweltfreundliche und umweltfeindliche Verhaltensweisen müssen sich positiv bzw. negativ in den Gewinn- und Verlustrechnungen der Unternehmen und in den Kassen der privaten Haushalte niederschlagen.
- Neben einer Wirtschaftspolitik, die gute Bedingungen für Niedersachsens Unternehmen schafft, will die F. D. P. gezielte arbeitsmarktpolitische Instrumente zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit auch in Zukunft einsetzen. Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sind verstärkt zu fördern.
- Damit Frauen und Männer Berufs- und Familienpflichten leichter miteinander vereinbaren können, will die F. D. P. Arbeitszeitformen flexibilisieren und mehr und qualifiziertere Teilzeitarbeitsplätze schaffen.
- Für die Zukunft des Landes wichtige Schlüsseltechnologien, wie die Umweltindustrie, die Ernährungswirtschaft oder die Hochtechnologie sollen wirtschaftlich gezielt gefördert werden.
- Niedersachsen soll als Finanzdienstleistungszentrum ausgebaut werden. Vor allem für die mittelständische Wirtschaft ist das Angebot an risikotragendem Beteiligungskapital auszubauen.
- Der Fremdenverkehr ist gerade für die strukturschwachen Regionen Niedersachsens eine Chance. Werbung, Marketing, Reservierungssysteme und die Angebotspalette sollen qualitativ deutlich verbessert werden. Die F. D. P. will die Einrichtung einer Touristikakademie.
- Gute Verkehrsverbindungen sind ein Schlüssel für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Der Flughafen Hannover soll als Intercontinentaler Flughafen ausgebaut und an das Intercity-Netz angeschlossen werden.
- Alle wichtigen Bahnstrecken in Niedersachsen sind zu elektrifizieren. Die Hafenstädte sollen ebenfalls elektrifizierte Bahnanschlüsse erhalten.
- Die Intercity-Strecke Hannover-Berlin ist zügig zu bauen.
- Der Güterfernverkehr muß stärker die Bahn nutzen können. Dazu sollen an allen wichtigen Verkehrsknotenpunkten Verladestationen gebaut werden, um die LKW-Fracht besser auf den europäischen Schienenwegen transportieren zu können.
- Die derzeit noch verkehrsfernen Gebiete Niedersachsens sollen an das überregionale Straßennetz angebunden werden.
- Der Emdener Hafen soll umstrukturiert werden. Die Umschlagmöglichkeiten in den Häfen Nordenham, Wilhelmshaven und Cuxhaven-Groden sind zu erweitern. Die Hafenbewirtschaftung soll an Private überführt werden.
- Eine Infrastruktur, die ein ausreichendes, regional differenziertes Angebot an Technologie-, Forschungseinrichtungen und an Bildungseinrichtungen vorhält.
- Langfristig den tatsächlichen Abbau von Schulden. Der jetzige Sparkurs ist konsequent fortzuführen.
- Die öffentliche Hand soll nicht mehr, sondern weniger Aufgaben übernehmen. Die Übertragung von Aufgaben an Private ist eine notwendige Voraussetzung für eine leistungsfähige und überschaubare Verwaltung.
- Die Abschaffung der Gewerbesteuer nach dem von den Liberalen entwickelten Niedersachsen-Modell.



Freiheit hat Zukunft



Landwirtschaft und Umweltschutz gehören zusammen

Landwirtschaft und Naturschutz, Wirtschaft und Umweltschutz gehören zusammen.

Die F. D. P. kämpft dafür, daß das Prinzip der Vorsorge vor dem Prinzip der Schadensbeseitigung angewendet wird. Außerdem soll der, der Schäden verursacht, für diese Schäden haftbar gemacht werden, bevor die Allgemeinheit herangezogen wird.

Deshalb fordert die F. D. P.

- Die Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel in das Grundgesetz.
- Die Einführung der Verbandsklage im Naturschutz.
- Die umgehende Anwendung von Umweltverträglichkeitsprüfungen nach der EG-Richtlinie.
- Die europaweite Angleichung des Begriffs „ordnungsgemäße Landwirtschaft“. Von einer ordnungsgemäßen Landbewirtschaftung darf keine dauerhafte Beschädigung unserer natürlichen Lebensgrundlagen an Boden und Wasser mehr ausgehen.
- Ein Landesprogramm zum naturnahen Rückbau von Fließgewässern. Die bereits eingeleiteten Programme zur Gewässerreinigung und zum Kläranlagenbau sind fortzusetzen. Für alle Wasserwerke sind Wasserschutzgebiete festzulegen.
- Eine deutliche Verringerung der Belastung landwirtschaftlicher Flächen durch Gülle.
- Die Nordsee soll zum Sondergebiet erklärt werden.
- Umwelttechniken sollen gezielt gefördert werden. Ihre internationale Vermarktung muß ein Markenzeichen Niedersachsens werden.
- Wichtigstes Ziel der Abfallpolitik ist die Vermeidung, Verminderung und Verwertung von Abfällen. Müll muß getrennt eingesammelt werden. Alle Deponien und Müllverarbeitungsanlagen müssen mit Sortieranlagen ausgerüstet werden. Was vom Müll wieder zu verwerten ist, muß wiederverwertet werden.
- Die F. D. P. will regionale Recyclingzentren, in denen die Abfälle in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden. Der verbleibende Restmüll ist über Hausmüllverbrennungsanlagen oder Blockheizkraftwerke, thermisch/energetisch zu nutzen.
- Die F. D. P. ist gegen jede Form von Sondermüllexport. Geeignete Entsorgungsmöglichkeiten sind im nationalen Rahmen zu schaffen. Die Verbrennung auf See ist einzustellen.
- Ungeachtet der Zukunft der Kernenergie müssen die entstehenden Abfälle verantwortlich entsorgt werden. Die F. D. P. unterstützt die Errichtung der Pilotkonditionierungsanlage in Gorleben. Neben den Erprobungen im Salzstock Gorleben fordert sie die Vorarbeiten zur Untersuchung anderer Gesteinsformationen aufzunehmen (zum Beispiel Haselgebirge in Schleswig-Holstein). Das Planfeststellungsverfahren für den Schacht Konrad ist abzuschließen.
- Schon jetzt fördert Niedersachsen die Anwendung alternativer Energien stärker als jedes andere Bundesland. Diese Förderung ist weiter auszubauen. Die Markteinführung alternativer Energiequellen ist zu unterstützen.
- Die F. D. P. unterstützt das Landesprogramm für nachwachsende Rohstoffe.
- Freiwillige ökologische Leistungen, die über die Anforderung einer ordnungsgemäßen Landwirtschaft hinausführen, sollen honoriert werden. Die F. D. P. ist für die Erhaltung der leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetriebe und gegen Agrarfabriken. Die F. D. P. will dies über gezielte Maßnahmen erreichen, von der Förderung von Betriebszusammenschlüssen über einzelbetriebliche Investitionsprogramme bis hin zur Fortsetzung des von der F. D. P. durchgesetzten Programms der Junglandwirte.
- Für den ländlichen Raum ist ein umfassendes Entwicklungskonzept aufzustellen, in dem alle Förderungsprogramme, von Maßnahmen zur Dorferneuerung bis hin zur Kulturförderung, koordiniert werden.



Freiheit hat Zukunft



Bildung bedeutet Selbstentfaltung

Eine qualifizierte und umfassende Bildung ist in Zukunft eine der wesentlichsten Voraussetzungen für unsere Gesellschaft. Bildung dient der Selbstverwirklichung und der Selbstentfaltung. Die Bildungssysteme müssen den Anreiz zur Bereitschaft geben, sich lebenslang weiter zu bilden und dadurch mobil zu bleiben.

Deshalb fordert die F.D.P.

- Die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft von Kindern und Jugendlichen sind zu fördern. In allen Schulformen sollen die vorhandenen Angebote ergänzt werden durch Angebote an weniger begabte, wie auch an besonders leistungsfähige Schülerinnen und Schüler.
- Die musischen, kreativen und handwerklichen Fähigkeiten sind in gleicher Weise zu fördern und zu bewerten wie die kognitiven.
- Die F.D.P. setzt auf die Vielfalt der Schulformen und der miteinander im Wettbewerb stehenden Systeme. Nicht die Vereinheitlichung, sondern die Profilierung muß die allgemein- und berufsbildenden Schulen auszeichnen.
- Das gegliederte Schulwesen mit seinen unterschiedlichen Schultypen, Sonderschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, hat sich bewährt. Die Gesamtschule kann das gegliederte Schulwesen nicht ersetzen, soll aber als Angebot möglich sein.
- Es sind die Voraussetzungen zu schaffen, um an den Vor- und Grundschulen die volle Halbtags- und die Ganztagschule als Angebot einzurichten. Schule muß offen bleiben für außerschulische Kultur- und Bildungsangebote, sowie für Berufs- und Lebenspraxis.
- Das Kulturland Niedersachsen ist auszubauen. Staatliche Kulturpolitik soll Bedingungen für die freie Entfaltung kultureller und künstlerischer Initiativen sichern. Kulturpolitik ist kein Luxus sondern eine Zukunftsinvestition für die Lebensqualität unseres Landes.
- Die Weiterentwicklung des dualen Rundfunks. Private Anbieter sind gleichberechtigt neben den öffentlich-rechtlichen Anstalten.
- Die Einführung des lokalen/regionalen Rundfunks.
- Die Studienzeiten sollen im Hinblick auf den internationalen Wettbewerb verkürzt werden. Studieninhalte sind zu straffen und Prüfungsordnungen zu entrümpeln.
- Geisteswissenschaftliche Fächer dürfen gegenüber den naturwissenschaftlichen Disziplinen nicht vernachlässigt werden.
- Ein Sonderprogramm zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.
- Neben einem gezielten Programm zur Nachwuchsförderung muß die Frauenförderung einen besonderen Schwerpunkt bilden, um den Anteil von Frauen bei Promotionen und Habilitationen zu erhöhen.
- Die Verpflichtung, das verbindliche, flächendeckende, schulische Berufsgrundbildungsjahr einzuführen, ist aufzuheben.



Freiheit hat Zukunft



Bevormundung ist Privatsache

Wir setzen auf eine offene Gesellschaft, in der sich die Bürger in Vertrauen und Toleranz begegnen. Ein Kennzeichen dieser offenen Gesellschaft ist die Freiheit im Privaten. In diese Freiheit darf der Staat nur dann eingreifen, wenn die ihm übertragenen Aufgaben es zwingend erfordern. Nur eine Gemeinschaft freier Menschen schafft eine wirklich freie Gesellschaft.

Deshalb fordert die F.D.P.

- Das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz und das Niedersächsische Datenschutzgesetz sollen im Sinne des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichts reformiert werden.
- Die Aufgaben von Verfassungsschutz und Polizei sind klar zu trennen. Die Bürger sollen ein Auskunftsrecht bezüglich der erhobenen Daten erhalten.
- Die Abschaffung der Regelanfrage im öffentlichen Dienst.
- Die personellen und materiellen Voraussetzungen sind zu schaffen, um zielgerichtet, sparsam und effizient neue Formen der Kriminalität, wie die Umwelt-, Computer- und Wirtschaftskriminalität zu bekämpfen.
- Zur Entlastung von Verwaltungsaufgaben ist die Ausstattung der Polizei mit modernen Schreibgeräten und Personalcomputern zügig voranzutreiben.
- Eine Änderung des Stiftungsrechts, um auf diese Weise privates Engagement, beispielsweise in den Bereichen Kultur, Wissenschaft und Forschung zu erleichtern und zu verstärken.
- Das Grundrecht auf Asyl wird nicht angetastet. Die Asylverfahren müssen dagegen deutlich verkürzt werden. Wer nach einem rechtsstaatlich anspruchsvollen Verfahren abgelehnt worden ist, muß die Bundesrepublik unverzüglich verlassen. Die Genfer Flüchtlingskonvention ist zu berücksichtigen.
- Vorfahrt für privates Engagement! Bei der Übernahme und Fortführung von Aufgaben muß die öffentliche Hand nachweisen, daß sie diese Aufgabe kostengünstiger als ein privater Anbieter durchführen kann. Kann sie dies nicht, erhält der Private den Zuschlag.
- Die Fort- und Weiterbildung in der öffentlichen Verwaltung ist zu verstärken, um die Mitarbeiter besser zu qualifizieren und zu motivieren. Niedersächsische Beamte sollen häufiger in den Institutionen des Bundes und der EG eingesetzt werden.
- Eine Strukturreform der Verwaltung mit einer eindeutigen Zuweisung von Verantwortlichkeit und durch den Abbau von Doppelzuständigkeiten.
- Eine Fehlbelegungsabgabe ist von denen zu verlangen, die heute in Sozialwohnungen leben, aber dies aufgrund ihres höher gewordenen Einkommens nicht mehr nötig haben. Förderung soll nur denen zugute kommen, die Unterstützung wirklich brauchen.
- Das Wohngeld muß erhöht werden. Für Großstädte muß eine 6. Wohngeldstufe eingeführt werden. Für den Studentenwohnheimbau sind Mittel aus der Strukturhilfe zusätzlich einzusetzen.
- Für den Bau von Wohnungen wird der Subjektförderung Vorrang vor der Objektförderung eingeräumt.



Freiheit hat Zukunft

Unser Standpunkt zur Gesellschafts-Politik



Eine kinderfreundliche Gesellschaft

Die F.D.P. will eine Gesellschaft, in der Kinder sich wohlfühlen. Die Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Familie sind zu verbessern. Junge Menschen brauchen neben der heutigen Freizeitindustrie Angebote, die ihren finanziellen Möglichkeiten angemessen sind. Auch ältere Menschen sollen verstärkt die Chance erhalten, ihre Fähigkeiten und Erfahrungen sinnvoll einzusetzen.

Deshalb fordert die F.D.P.

- Flexible Arbeits- und Öffnungszeiten der Kindergärten, -horte und Geschäfte, ein größeres Angebot von Teilzeitarbeitsplätzen und dezentralen Arbeitsplätzen.
- Beseitigung bürokratischer Hemmnisse bei der Errichtung von Kinderbetreuungsplätzen.
- Die Kommunen sollen die Anzahl der Plätze in Kindergärten, Kinderhorten und Kinderspielflächen deutlich erhöhen. Alternative Betreuungsmöglichkeiten sollen verstärkt gefördert werden.
- Eine flächendeckende Versorgung mit Jugendzentren, die dann geöffnet sind, wenn junge Menschen tatsächlich über freie Zeit verfügen.
- Schulhöfe sollen zu Flächen für aktive Freizeitgestaltung umgestaltet werden.
- Zur vorbeugenden Drogenbekämpfung will die F.D.P. die wirkungsvolle und jugendgerechte Aufklärung in Schulen und allen Medien.
- Der Grundsatz Therapie steht statt Strafe bei der Drogenbekämpfung an erster Stelle. Eine ausreichende Zahl von Therapieplätzen und Therapiekonzepten ist unter Einbeziehung von geeigneten Drogensubstituten, wie z. B. Methadon, anzustreben. Die F.D.P. will eine harte Gangart zur Bekämpfung des internationalen Drogenhandels.
- Für ein aktives und erfülltes Alter müssen die Bildungseinrichtungen den älteren Menschen offenstehen.
- Der Bau von Altenwohnungen und Altenheimen, von kombinierten Wohn- und Pflegeheimen sowie von alternativen Wohnformen ist zu fördern. Altenheime müssen in allgemeine Wohngebiete integriert werden.
- Die Fort- und Weiterbildung des Pflegepersonals ist zu verstärken, besonders mit Blick auf die Betreuung bei alterspsychiatrischen Krankheitsformen.
- Den stärkeren Einsatz ehrenamtlicher Kräfte und die Übertragung von Einrichtungen auf Selbsthilfegruppen.
- Der Übergang vom Berufsleben in den Ruhestand soll nicht abrupt, sondern schrittweise und ohne starre Altersgrenzen erfolgen können.
- Zur angemessenen Betreuung in Heimen gehört weitestgehende Selbstbestimmung des Tagesablaufs ebenso wie das Prinzip der aktivierenden Pflege zur Förderung der verbliebenen Fähigkeiten.



Freiheit hat Zukunft



Gleiche Chancen für Beruf und Familie

Die Chancen in Familie, Beruf und Gesellschaft müssen für Frauen und Männer gleich sein. Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern steht den gleichberechtigten Lebens- und Entfaltungschancen bisher entgegen. Die Arbeit in Haus und Familie muß für jeden die Möglichkeit bieten, hierin eine befriedigende Lebensaufgabe zu finden.

Deshalb fordert die F.D.P.

- Einschränkungen bei der Berufswahl und -ausübung sowie bei der Beteiligung im öffentlichen Bereich müssen beseitigt werden.
- Kommunale Gleichstellungs-Stellen sind einzurichten. Der Status der Landesbeauftragten für Frauenfragen soll unabhängiger gestaltet und mit mehr politischer Kompetenz ausgestattet werden.
- Frauenförderpläne sind ein adäquates Mittel zum Abbau von Hemmnissen bei der Einstellung und bei dem beruflichen Werdegang von Frauen.
- Frauen und Männer sollen gleichgestellt sein. Die Quotenregelung ist dazu ein ungeeignetes Mittel. Gleichberechtigung heißt: gleiche Rechte und gleiche Pflichten.
- Die Wohnverhältnisse müssen familienfreundlicher werden. Familiengerechter Wohnraum, der auch ein Zusammenleben von alt und jung ermöglicht, Spielstraßen und Spielplätze gehören ebenso dazu, wie die Anpassung des Wohngeldes an gestiegene Mieten.
- Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Familie sind zu verbessern. Z. B. ist eine weitergehende rentenmäßige Berücksichtigung von Erziehungszeiten zu prüfen. Das Steuer- und Rentenrecht soll verstärkt die Erziehungsleistung berücksichtigen. Das Ehegatten-splitting soll durch das Familiensplitting ersetzt werden.
- Wiedereingliederungsmaßnahmen nach Zeiten der Kindererziehung müssen stärker auf die Anforderungen am Arbeitsmarkt und auf die Vorqualifikation der Frauen Rücksicht nehmen. Wiedereinstiegsausbildungen für betriebliche Berufe, für den öffentlichen Dienst und für Akademiker müssen entwickelt und angeboten werden. Die Chancen des Bundeserziehungsgeldgesetzes zur vermehrten Inanspruchnahme des Erziehungsurlaubs durch Männer sollen stärker genutzt werden.
- Mit einer versicherungsrechtlichen Lösung statt der bisherigen arbeitsrechtlichen Regelung des Mutterschaftsgeldes könnte ein wesentliches Beschäftigungshemmnis für Frauen abgebaut werden.
- Im öffentlichen Dienst sollen die dienstrechtlichen Vorschriften mit dem Ziel überprüft werden, die teilzeitbeschäftigungshemmenden Vorschriften abzubauen.
- Die F.D.P. hält an der bestehenden Fassung des § 218 fest. Frauen, die ihre Schwangerschaft abbrechen müssen, soll auch in Zukunft durch die Krankenkassen geholfen werden. Die Aufklärung und Beratung über finanzielle und soziale Hilfen für Frauen in Konfliktsituationen muß verbessert werden.
- Die F.D.P. will die volle Gleichstellung von Mann und Frau in der Alterssicherung.
- Die Benachteiligungen von Mädchen bei der Berufswahl sind zu beseitigen.
- Die F.D.P. will eine gezielte Frauenförderung an den Hochschulen und Universitäten, um den Anteil von Frauen bei Promotionen und Habilitationen zu erhöhen.
- Schulbücher sollen auf alte Rollenklischees überprüft und durch solche ersetzt werden, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau verdeutlichen.
- Die F.D.P. befürwortet in jedem Kreis die Errichtung selbstverwalteter und öffentlich geförderter Zufluchthäuser für Frauen und Kinder, die aufgrund ihrer häuslichen Verhältnisse Schutz und Zuflucht suchen.
- Die Bedingungen für die häusliche Pflege müssen verbessert und Kurzzeit- und Tagespflegesätze vermehrt geschaffen werden. Ambulante Dienste sollen auch nachts und an Wochenenden einsatzfähig sein.



Freiheit hat Zukunft

Unser Standpunkt zur Deutschland- und Europa-Politik



Mein Freund lebt in Leipzig

Seit fast zwanzig Jahren findet die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Verantwortung von Hans-Dietrich Genscher, in der Verantwortung der F. D. P., statt. Die F. D. P. hat in der Außen- und Deutschlandpolitik stets Kurs gehalten. Auch in Niedersachsen gibt es mit Eintritt der F. D. P. in die Regierung 1986 erstmals ein Ministerium, das sich mit europäischen Fragen beschäftigt. In der Deutschlandpolitik hat sich die F. D. P. als treibende Kraft bewiesen. Die Reformen in der DDR und in den Ländern Ostmitteleuropas bringen für unser Bundesland vor allem Chancen. Die F. D. P. wird diese Chancen nutzen.

Deshalb fordert die F. D. P.

- Eine wirtschaftlich starke DDR liegt im Interesse Niedersachsens. So wie Frankreich heute schon der beste Handelspartner der Bundesrepublik ist, wird auch die DDR zu einem attraktiven Partner sich entwickeln. Mit einer Grenze von über 550 km zur DDR profitieren wir davon am stärksten.
- Die Verkehrsverbindungen zwischen den Regionen Niedersachsens und den Regionen der DDR sind zügig auszubauen. Vorzug hat der Ausbau der Bahn.
- Zum Aufbau eines Mittelstandes in der DDR hat die F. D. P. bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Kreditprogramm für private Unternehmer in der DDR durchgesetzt. Dieses Programm ist fortzusetzen.
- Die F. D. P. wird sich dafür einsetzen, Ausbildungs- und Fortbildungsprogramme privater und öffentlicher Ausbildungsträger finanziell zu unterstützen.
- Die Kooperation im Umweltschutz ist zügig voranzutreiben. Priorität hat die umweltfreundliche Umstellung der DDR-Energieerzeugung; die rasche und nachhaltige Sanierung von Elbe und Weser, sowie ein grenzüberschreitender Naturschutz.
- Gleiches Recht für alle Deutschen. Übersiedler dürfen gegenüber Mitbürgern in der Bundesrepublik nicht benachteiligt und nicht bevorzugt werden.
- Die F. D. P. fordert gemeinsame Fremdenverkehrskonzepte für die Regionen entlang der Grenze, in denen die Belange von Naturschutz und Fremdenverkehr gleichermaßen Berücksichtigung finden.
- Für einen Übergangszeitraum ist die Zonenrandförderung aufrecht zu erhalten, solange die besonderen Belastungen in dem durch die Trennung besonders betroffenen Grenzgebiete fortbestehen.
- Die F. D. P. in Niedersachsen hat in der vergangenen Legislaturperiode eine Reihe von Weichenstellungen vorgenommen, um Niedersachsen zu einer Drehscheibe im Ost-West-Handel aufzubauen. An diese Arbeit ist anzuknüpfen. Besonders Niedersachsens Küste und Häfen werden von dem wirtschaftlichen Reformprozeß in Ostmitteleuropa profitieren.
- Künftig ist allen Bürgern der europäischen Gemeinschaft das kommunale Wahlrecht auf Gegenseitigkeit einzuräumen.
- Die F. D. P. will die „Vereinigten Staaten von Europa“. Sie fordert eine verstärkte Zusammenarbeit der Regionen Europas. Kulturaustauschprojekte, die dazu beitragen, die kulturelle Vielfalt Europas im kommunalen Umfeld für den Bürger lebendig werden zu lassen, sind zu fördern. Die F. D. P. bejaht Partnerschaften und Patenschaften zwischen Gemeinden und Städten, Initiativen, Gruppen und Vereine, die kulturelle Beziehungen fördern.



Freiheit hat Zukunft

Unser Programm für Niedersachsen

Das vorliegende Programm skizziert die programmatischen Aussagen der niedersächsischen Liberalen für die bevorstehende Legislaturperiode von 1990 bis 1994. Wir schicken Ihnen gerne das ausführliche Landtagswahlprogramm sowie die detaillierten Aussagen zu den ausgewählten Feldern von Landespolitik.

Freiheit hat Zukunft

Unser ausführliches Programm für die nächsten Jahre.

Linke Haken sind schmerz- lich für die Wirtschaft

Unser Standpunkt zur Wirtschafts- und Finanz-Politik.

Bildung bedeutet Selbstentfaltung

Wie geht's weiter an Niedersachsens Schulen und Hochschulen?

Eine kinderfreundliche Gesellschaft

Gesellschaftspolitische Vorhaben für die 90er Jahre.

Landwirtschaft und Umweltschutz gehören zusammen

Unsere Standpunkte zur Umwelt- und Landwirtschafts-Politik.

Bevormundung ist Privatsache

Was die F.D.P. in der Innen-Politik verändern will.

Mein Freund lebt in Leipzig

DDR, Europa und mittendrin Niedersachsen – Was plant die F.D.P.?

Gleiche Chancen für Beruf und Familie

Die F.D.P. zur Frauen- und Familien-Politik.

Rufen Sie uns an unter der Nummer 05 11-2 80 71 20 oder schreiben Sie an unsere Geschäftsstelle in der Walter-Giesecking-Straße 22, 3000 Hannover 1

Impressum:
Herausgeber:
F.D.P.-Landesverband Niedersachsen,
Walter-Giesecking-Straße 22,
3000 Hannover 1
Konzept und Gestaltung:
Agentur Winzen, Hannover
Redaktion: Mathias Brandt
Hannover, im März 1990